17/5388

Landtag Rheinland Pfalz
19.09.2019 13:16
Tgb.-Nr. 6438
201909191316

Rheinland-Pfalz
STAATSKANZLEI

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Postfach 3880, 55028 Mainz

An den Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17/5388
VORLAGE

BEVOLLMÄCHTIGTE DES LANDES BEIM BUND UND FÜR EUROPA, FÜR MEDIEN UND DIGITALES

Staatssekretärin
Heike Raab

E-Mail: vz.raab@stk.rlp.de

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
Ref. 253-1 Bitte immer angeben		Heike Raab vz.raab@stk.rlp.de	06131 / 16 - 4100 06131 / 16 - 4107

18. September 2019

Betreff: Bericht über die 135. Plenartagung des Ausschusses der Regionen vom 26. Juni bis 27. Juni 2019

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

gemäß Ziffer III. 5. b. der „Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung gem. Art. 89b der Landesverfassung über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung" übersende ich beigefügt mit der Bitte um Weiterleitung an den zuständigen Ausschuss eine Information über die Ergebnisse der 135. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen vom 26. bis 27. Juni 2019 in siebenfacher Ausführung.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Raab

An die
Mitglieder des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt
-Unterrichtung nach Art. 89 b i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung Behandlung gem. § 65 GOLT-

Dienstsitz Mainz:
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz
Telefon 06131 / 164100
Telefax 06131 / 164107

Dienstsitz Berlin:
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
In den Ministergärten 6
10117 Berlin
Telefon 030 / 726291100
Telefax 030 / 726291200

Dienstsitz Brüssel:
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
60, Avenue de Tervueren
1040 Brussels | Belgium
Telefon 0032 / 27369729
Telefax 0032 / 27901333

RheinlandPfalz
STAATSKANZLEI

AUSSCHUSS DER REGIONEN

Die Bevollmächtigte
des Landes beim Bund
und für Europa, für Medien und Digitales
informiert

Ergebnisse der 135. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

vom 26. Juni 2019 bis 27. Juni 2019 in Brüssel

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesvertretung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Herausgeberin: Die Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz
Tel. 06131/16-0
E-Mail: Poststelle@stk.rlp.de

Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und bei der Europäischen Union,
In den Ministergärten 6, 10117 Berlin,
Tel. 030/7 26 29-1000,
E-Mail: Poststelle-EU@lv.rlp.de

Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz in Brüssel,
60, Avenue de Tervuren,
B-1040 Brüssel,
Tel.0032-2-736.97.29,
E-Mail: europe@stk.rlp.de

TOP 4. Makroregionale Strategien am Beispiel des Donauraums: ein Rahmen für die Förderung transnationaler Cluster, COR-2018-06422-00-00-PAC-TRA - COTER-VI/051,Berichterstatter: Dainis Turlais (LV/ALDE)

Der AdR ist vom rumänischen Ratsvorsitz mit der Erarbeitung der Stellungnahme „Makroregionale Strategien am Beispiel des Donauraums: Ein Rahmen für die Förderung transnationaler Cluster" befasst worden. Themen der Stellungnahme sind die Umsetzung makroregionaler Strategien mit besonderem Schwerpunkt auf der Donaustrategie und die transnationalen Cluster, die für den rumänischen EU-Ratsvorsitz von besonderem Interesse sind. Da diese Themen eng mit dem im Januar 2019 veröffentlichten Bericht der Europäischen Kommission zur Umsetzung der makroregionalen Strategien verknüpft sind, wurde vorgeschlagen, dass diese Stellungnahme sowohl die Befassung durch Rumänien als auch den Bericht der Europäischen Kommission abdeckt.

Der Berichterstatter begrüßt die Bewertung und die Erfolge der derzeitigen makroregionalen Strategien, weist aber auch auf die Schwächen hin, die sich während der Umsetzung gezeigt haben (z.B. bei der Lenkung und dem Zugang zu Finanzmitteln). Nach Auffassung des Berichterstatters sind makroregionale Strategien eine Möglichkeit, die Kluft zwischen der EU und der lokalen Ebene durch direkte Einbeziehung von Bürgern und Regionen zu überbrücken. Er erinnert außerdem an das vom AdR unterstützte „dreifache Ja": ja zu mehr Synergien mit den Finanzierungsinstrumenten, ja zu einer besseren Einbettung bestehender Strukturen in die makroregionalen Strategien und ja zu einer besseren Umsetzung geltender Vorschriften. Makroregionale Strategien könnten auch bei der künftigen Zusammenarbeit und gemeinsamen Programmplanung mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften des Vereinigten Königreichs nach dem Brexit genutzt werden.

TOP 5. Auf dem Weg zu einer effizienteren und demokratischeren Beschlussfassung in der EU-Steuerpolitik, COR-2019-00845-00-00-PAC-TRA - ECON-VI/045, Berichterstatter: Christophe Rouillon (FR/SPE)

Die Stellungnahme spricht sich dafür aus, Beschlüsse der EU im Steuerbereich künftig nicht mehr einstimmig, sondern mit qualifizierter Mehrheit zu fassen. In der vom französischen Bürgermeister Christophe Rouillon erarbeiteten Stellungnahme wird betont, dass Steuerbetrug und grenzüberschreitender Handel, aber auch der Klimawandel mit ihren vor Ort spürbaren Auswirkungen gemeinsame Anstrengungen in Steuerfragen erfordern.

Globalisierung, Digitalisierung und die Veränderungen im Dienstleistungssektor haben zu einem raschen Wandel in der Wirtschaft sowie zur freien Zirkulation von Unternehmen, Kapital und Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt geführt. Um eine faire Besteuerung in ganz Europa sicherzustellen, müssen die Mitgliedstaaten ihre Steuervorschriften koordiniert auf den neuesten Stand bringen. Auf EU-Ebene ist der Bereich Steuern jedoch der letzte Politikbereich, in dem Beschlüsse ausschließlich einstimmig gefasst werden. So werden politische Maßnahmen auf Grundlage des

kleinsten gemeinsamen Nenners getroffen, Fortschritt erfolgt zu langsam, und der Umgang mit aktuellen Herausforderungen ist ambitionslos.

TOP 6. Ein standortbezogener Ansatz für die industriepolitische Strategie der EU, COR-2018-05941-00-00-PAC-TRA - ECON-VI/042, Berichterstatterin: Jeannette Baljeu (NL/ALDE)

Der AdR ruft zu einem koordinierten Handeln in Europa auf, damit die Industrie in Europa auch in Zukunft innovativ und wettbewerbsfähig bleibt. In einer von Jeannette Baljeu (NL/Renew Europe) erarbeiteten Stellungnahme unterstreicht der AdR die Schlüsselrolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften beim Aufbau einer großangelegten industriellen Zusammenarbeit, die über kurzfristige Initiativen hinausgeht und Wertschöpfungsketten in Europa stärkt. Insgesamt sollte ein ganzheitlicher, branchenübergreifender Ansatz verfolgt werden, um lokale Stärken und Kapazitäten zu ermitteln und zu nutzen.

Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen in der EU, muss sich die europäische Industrie weitreichend modernisieren. Die Europäische Kommission wird im zweiten Halbjahr 2019 in ihrem Bemühen, die EU-Wirtschaft mit Blick auf die Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts umzugestalten, ihre Ideen für eine langfristige Vision für die Industriepolitik vorstellen. Die Städte und Regionen wollen, dass diese Vision einen starken territorialen und ortsbezogenen Ansatz umfasst.

TOP 7. Entwurf einer Entschließung zu den Vorschlägen des Europäischen Ausschusses der Regionen für die neue Legislaturperiode der Europäischen Union, COR-2019-02550-00-01-PRES-TRA – RESOL-VI/035

Wie nach den Europawahlen 2014 wollte der AdR eine Entschließung verabschieden, in der die Erwartungen und Vorschläge für das neue europäische Legislativmandat nach den Europawahlen und vor der neuen Amtszeit der Europäischen Kommission (1. November 2019) dargelegt werden. Die Entschließung des AdR wurde mit Blick auf die Beiträge anderer EU-Institutionen zu einem guten Zeitpunkt verabschiedet. Der Europäische Rat hat am 21. Juni 2019 seine „strategische Agenda der EU für 2019-2024“ angenommen, und das Europäische Parlament plante bis zum 17. Juni seine strategischen Prioritäten für den nächsten institutionellen Zyklus festlegen. Die Entschließung des AdR ergänzt die Broschüre des AdR-Präsidenten.

TOP 9. Die Nachhaltigkeitsziele (SDG): Grundlage einer langfristigen EU-Strategie für ein nachhaltiges Europa bis 2030, COR-2019-00239-00-00-PAC-TRA - ECON-VI/044, Berichterstatter: Arnoldas Abramavičius (LT/EVP)

Der Stellungnahmeentwurf ist die Reaktion des AdR auf das Konzeptpapier der Kommission zu den Nachhaltigkeitszielen (SDG) als Grundlage einer langfristigen EU-Strategie für ein nachhaltiges Europa bis 2030. Dieses am 30. Januar 2019 angenommene Reflexionspapier ist das jüngste in einer Reihe von Diskussionspapieren, die als Teil der Debatte über die Zukunft Europas erarbeitet wurden. Die Multi-Stakeholder-Plattform für die Ziele für nachhaltige Entwicklung, der der AdR als einflussreiches Mitglied angehört, hatte zuvor seine Empfehlungen vorgelegt. Eine Zusammenfassung dieser Empfehlungen wurde dem Konzeptpapier, das auf dem Europäischen Gipfel in Sibiu am 8. Mai 2019 in Rumänien erörtert werden sollte, als Anlage beigefügt. Neben dem Fortschrittsbericht über die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung sollte dieses Dokument die Debatte über eine koordinierte langfristige Strategie der EU anregen, die die Strategie Europa 2020 ersetzen soll. Da 65 % der 169 Zielvorgaben der 17 Nachhaltigkeitsziele ohne Einbeziehung und Koordinierung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften nicht erreicht werden können (Quelle: OECD), soll mit der Stellungnahme des AdR ein territorialer Ansatz gefördert und der Umsetzungsgrad der SDG verbessert werden.

TOP 10. Eine nachhaltige Bioökonomie für Europa: Stärkung der Verbindungen zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt, COR-2018-06433-00-00-PAC-TRA - SEDEC-VI/048, Berichterstatter: Jácint Horváth (HU/SPE)

Als Beitrag zur Schaffung einer nachhaltigen kreislauforientierten Bioökonomie wird die Kommission im Rahmen der Überarbeitung der Bioökonomie-Strategie 2019 14 Maßnahmen ergreifen, darunter: a) Stärkung und Ausbau der biobasierten Sektoren durch die Einrichtung einer mit 100 Mio. EUR ausgestatteten thematischen Investitionsplattform für die kreislauforientierte Bioökonomie und die Förderung des Aufbaus neuer nachhaltiger Bioraffinerien in ganz Europa; b) rasche Einführung der Bioökonomie in Europa durch die Erarbeitung einer Agenda für die strategische Einführung von Ernährungs- und Bewirtschaftungssystemen, einer Forstwirtschaft sowie einer biobasierten Produktion, die den Nachhaltigkeitskriterien entsprechen; die Einrichtung einer EU-Fazilität zur Unterstützung der Bioökonomie für die EU-Länder im Rahmen von Horizont 2020 zur Entwicklung nationaler und regionaler Bioökonomie-Agenden und die Einleitung von Pilotmaßnahmen zur Entwicklung der Bioökonomie in ländlichen, Küsten- und städtischen Gebieten (z. B. in den Bereichen Abfallwirtschaft oder Kohlenstoffwirtschaft); und c) Schutz des Ökosystems und Verständnis der ökologischen Grenzen der Bioökonomie, unter anderem durch ein EU-weites Überwachungssystem zur Verfolgung der Fortschritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen und kreislauforientierten Bioökonomie.

Der Berichterstatter begrüßt die Mitteilung, in der betont wird, dass alle Regierungsebenen in die Entwicklung der Bioökonomie eingebunden werden müssen. Er fordert die Regionen auf, eigene Aktionspläne für die Bioökonomie auszuarbeiten, die auch Teil regionaler Strategien für intelligente Spezialisierung sein könnten. Darüber hinaus vertritt er die Auffassung, dass sich die Bioökonomie-Strategien auf die ökologischen Grenzen stützen und daher die interregionale und makroregionale Zusammenarbeit fördern sollten. In dem Stellungnahmeentwurf wird die Entwicklung eines einheitlichen Systems von Indikatoren vorgeschlagen, das in der Lage ist, Informationen über die Wirtschaftstätigkeit in den Regionen über das grundlegende (BIP pro Region, internationale FEI-Aktivitäten, Einsparungen bei fossilen Brennstoffen usw.) und spezifische Indikatoren (Anzahl neuer Arbeitsplätze im Zusammenhang mit der Bioökonomie) bereitzustellen. Es wird vorgeschlagen, die Bioökonomie nicht nur durch Horizont Europa, sondern auch durch verschiedene EU-Fonds (ESF, GAP, EFRE) zu finanzieren. Schließlich fordert der Berichterstatter die Entwicklung von Kompetenzen, um den Anforderungen der Bioökonomie gerecht zu werden. Durch in der Fachkommission angenommene Änderungsanträge wird in der Stellungnahme vorgeschlagen, Biokraftstoffe durch eine angemessene Preisgestaltung und Besteuerung wettbewerbsfähiger zu machen, die umweltgerechte Vergabe öffentlicher Aufträge zu unterstützen, KMU in die Umstellung auf Unternehmen einzubeziehen und Bioökonomie-Module einzuführen, die auf EU-Ebene in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen koordiniert werden.

TOP 11. Ausbau des Unterrichts der MINT- (und Kunst-)Fächer in der EU, COR-2018-06435-00-00-PAC-TRA - SEDEC-VI/049, Berichterstatter: Csaba Borboly (RO/EVP)

Der Europäische Ausschuss der Regionen fordert Maßnahmen zur Förderung der naturwissenschaftlichen, technischen, ingenieurwissenschaftlichen und mathematischen Bildung in Europa, insbesondere bei Mädchen und Frauen. Mit einer Stellungnahme von Csaba Borboly (RO / EVP), Präsident des Harghita County Council, fordert die Versammlung der lokalen und regionalen Vertreter der EU die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten auf, MINT-bezogene Initiativen auf lokaler und regionaler Ebene zu unterstützen, um dies zu gewährleisten notwendigen Investitionen und zur Bekämpfung von Engpässen in diesem Bereich bei der Planung der Kohäsionspolitik.

TOP 12. Für einen umfassenden Rahmen der Europäischen Union für endokrine Disruptoren, COR-2018-06068-00-00-PAC-TRA-NAT-VI/040, Berichterstatter: Uno Silberg (EE/EA)

Zwei Monate nach der Entschließung des Europäischen Parlaments zu den negativen Auswirkungen einer Reihe chemischer Stoffe, die in der Herstellung von Nahrungsmitteln und Kosmetika in der EU zum Einsatz kommen, fordern Kommunal- und Regionalpolitiker die Europäische Kommission auf, den Schutz vor gefährlichen Chemikalien zu verbessern. Studien zufolge schädigen endokrine Disruptoren die Funktionsweise des Hormonsystems, was zu Unfruchtbarkeit, Adipositas und Krebs führt. Bei Kindern werden sie zunehmend mit Autismus und anderen Erkrankungen in Verbindung gebracht.

TOP 16. Die grenzübergreifende Dimension der Katastrophenvorsorge, COR-2018-06135-00-00-PAC-TRA - NAT-VI/036, Berichterstatter: Roberto Ciambetti (IT/EKR)

Die lokalen und regionalen Mandatsträger fordern die Kommission auf, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Katastrophenvorsorge durch mehr Anreize auf lokaler und regionaler Ebene zu fördern. Vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren immer häufigeren und schwereren Naturkatastrophen in vielen europäischen Regionen hat der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) heute eine Stellungnahme zu diesem Thema verabschiedet. Die Gebietskörperschaften sprechen sich darin für eine stärkere Kultur der Prävention aus, um die Widerstandsfähigkeit der Bürger zu erhöhen und die Katastrophenrisiken zu verringern.

TOP 17. Eine neue europäische Agenda zur Beschleunigung der Entwicklung der maritimen Industrie, COR-2018-06141-00-01-PAC-TRA - NAT-VI/038, Berichterstatter: Christophe Clergeau (FR/SPE)

Vor dem Hintergrund der Ausarbeitung der Politik für die Zeit nach 2020, der jüngsten Anerkennung der blauen Wirtschaft und des Auslaufens der Initiative LeaderSHIP 2020 sowie des Wettbewerbsdrucks durch Drittländer und im Vorgriff auf die Auswirkungen des Brexits auf die Meeresregionen hat die Fachkommission NAT beschlossen, eine Initiativstellungnahme zum Thema „Eine neue europäische Agenda zur Beschleunigung der Entwicklung der maritimen Industrie" auf der Grundlage eines nachhaltigen Wachstums zu erarbeiten.

Der Berichterstatter verweist auf die Entwicklungen in den Meeresregionen im Rahmen von LeaderSHIP 2020 und ähnlicher Initiativen sowie auf das Konzept der „blauen

Wirtschaft". Er nennt die neuen Tätigkeiten der blauen Wirtschaft, z. B. die Biotechnologie, die Nutzung erneuerbarer Meeresenergien und die Offshore-Infrastruktur, aber auch den starken Druck aus Drittstaaten, die ehrgeizige Ziele verfolgen. In dem Entwurf einer Stellungnahme werden Maßnahmen empfohlen, mit denen wertvolle Arbeitsplätze in Küsten- und Meeresregionen erhalten werden können, durch a) die Möglichkeit eines gemeinsamen Handelns auf EU-Ebene; b) die Fortführung der Initiative LeaderSHIP 2020; c) Maßnahmen zur Förderung von Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen; d) Forschung, Innovation und öffentlich-private Partnerschaften, die nach Lösungen für die Zukunft suchen; e) Investitionen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Ferner geht der Berichterstatter auf folgende Aspekte ein: die regionalen Unterschiede zwischen wichtigen maritimen Sektoren; die mit den Strategien für eine regionale Spezialisierung, der blauen Wirtschaft und der maritimen Industrie verbundenen Herausforderungen; eine gemeinsame europäische Strategie für die maritime Industrie; die Auswirkungen protektionistischer Maßnahmen von Drittländern; die größten Herausforderungen bis 2030; die Nachfolgestrategie von LeaderSHIP 2020; Änderungen des europäischen Wettbewerbsrahmens; mögliche Fördermaßnahmen auf EU-Ebene; die Rolle von FuE; die europäische Agenda für neue Kompetenzen; die Förderung erneuerbarer Energien über die Regional- und die Kohäsionspolitik; lokale Beiträge zu lokalen Ökosystemen für die maritime Industrie usw.

TOP 18. Multi-Level-Governance und sektorübergreifende Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Energiearmut, COR-2018-05877-00-01-PAC-TRA - ENVE-VI/038, Berichterstatterin: Kata Tüttő (HU/SPE)

Energiearmut ist eine große gesellschaftliche Herausforderung mit direkten Auswirkungen auf die Gesundheit, von der rund 54 Millionen Europäer (EG) betroffen sind. Hohe Energiepreise, niedrige Einkommen und schlecht isolierte, feuchte und ungesunde Häuser führen zu einer höheren Armutsquote im Energiebereich. In den meisten Ländern sind die Strompreise in den letzten zehn Jahren erheblich gestiegen. Dies hat in Verbindung mit der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise und der schlechten Energieeffizienz der europäischen Gebäudebestände zu wachsenden Bedenken hinsichtlich der Energiearmut in Europa geführt.

Rund 11% der EU-Bevölkerung - 54 Millionen Europäer - sind von Energiearmut betroffen. Dennoch identifizieren oder quantifizieren die meisten EU-Länder schutzbedürftige Energieverbraucher nicht und zielen nicht angemessen auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Energiearmut ab. AdR Mitglieder möchten, dass die Beobachtungsstelle für Energiearmut verlängert wird, um weiterhin Daten zu sammeln und auszuwerten, die einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Maßnahmen zur Beseitigung der Energiearmut leisten. Zwei Drittel der Mitgliedstaaten überwachen die Entwicklung der Energiearmut noch nicht anhand quantitativer Messgrößen.

TOP 20. Ein sauberer Planet für alle – Eine Europäische strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft, COR-2018-05736-00-00-PAC-TRA - ENVE-VI/037, Berichterstatter: Michele Emiliano (IT/SPE)

Die so genannte „langfristige EU-Strategie 2050" wurde im November 2015 veröffentlicht und legt die langfristige Vision der EU-Kommission für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft bis Mitte des Jahrhunderts fest. Die Strategie gibt den umfassenden Übergangs- und Innovationspfad der EU vor auf dem Weg zur Erreichung der Ziele des Übereinkommens von Paris, den Temperaturanstieg auf deutlich unter 2°C zu begrenzen.

Die Stellungnahme ist für die Gestaltung der Debatten im Anschluss an die Klimakonferenz in Kattowitz (COP 24) und im Vorgriff auf die nächste COP 2019 in Chile sowie für die EU-Strategie für die kommenden Jahrzehnte nicht zuletzt angesichts der notwendigen Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele von entscheidender strategischer Bedeutung. In der Kommissionsmitteilung werden insgesamt acht verschiedene Szenarien für die Erreichung einer klimaneutralen EU bis 2050 vorgestellt. In seiner Stellungnahme macht der AdR klar, dass nur die ehrgeizigsten Szenarien plausibel erscheinen, um die tiefgreifenden Veränderungen herbeizuführen, die für die Erreichung des Ziels erforderlich sind. Diese Übergänge werden enorme wirtschaftliche und soziale Auswirkungen haben und infolgedessen auch politische Konsequenzen nach sich ziehen, weshalb es von entscheidender Bedeutung ist, ein angemessenes Gleichgewicht zu finden. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sind für viele Politikbereiche zuständig, die stark betroffen sein werden (und müssen).Aus Sicht der SPE ist es natürlich von wesentlicher Bedeutung, Wege zu finden, um die klimapolitische/ökologische Notwendigkeit der Reduzierung von Treibhausgasemissionen mit der Notwendigkeit einer sozialverträglichen Wende und sozialverträglichen politischen Maßnahmen zu vereinbaren und die potenziell negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung, die interregionalen Unterschiede und den sozialen Zusammenhalt zu dämpfen. In der Stellungnahme wird die wichtige Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und der Zivilgesellschaft bei der Förderung und Begleitung der verschiedenen Übergangsprozesse herausgestellt. Dies setzt einen politischen Dialog auf und zwischen allen Ebenen, angemessene klare Leitlinien vonseiten der europäischen und der nationalen Ebene, gezielte Finanzinstrumente und Instrumente für den Kapazitätsaufbau sowie ein allgemeines innovationsfreundliches Klima voraus. Die Stellungnahme war Gegenstand einer lebhaften Debatte in der Fachkommission ENVE und wurde mehrheitlich angenommen.

Im Rahmen des AdR wurde auch der Preis „Europäische Unternehmerregion (EER)“ verliehen.

Mit der Auszeichnung werden die Regionen mit der überzeugendsten und weitsichtigsten unternehmenspolitischen Vision prämiert. In diesem Jahr wurden die Stadt Gdańsk (Danzig) in Zusammenarbeit mit der Region Pomorskie (Pommern), die Wirtschaftsregion Göteborg und die Region Navarra aufgrund ihrer herausragenden Strategien und ihres Einsatzes für die Förderung des Unternehmertums in ihrer Region als Preisträger ausgewählt.

Titel	AZ	Berichterstatter	Ergebnis
Makroregionale Strategien am Beispiel des Donauraums: ein Rahmen für die Förderung transnationaler Cluster	**COR-2018-06422-00-00-PAC-TRA - COTER-VI/051**	**Dainis Turlais (LV/ALDE)**	**Mehr-heitlich**
Auf dem Weg zu einer effizienteren und demokratischeren Beschlussfassung in der EU-Steuerpolitik	**COR-2019-00845-00-00-PAC-TRA - ECON-VI/045**	**Christophe Rouillon (FR/SPE)**	**Mehrheitl-Lich**

Ein standortbezogener Ansatz für die industriepolitische Strategie der EU	COR-2018-05941-00-00-PAC-TRA - ECON-VI/042	Jeannette Baljeu (NL/ALDE)	Mehrheit-lich
Die Nachhaltigkeitsziele (SDG): Grundlage einer langfristigen EU-Strategie für ein nachhaltiges Europa bis 2030	COR-2019-00239-00-00-PAC-TRA - ECON-VI/044	Arnoldas Abramavičius (LT/EVP)	Mehrheit-lich
Eine nachhaltige Bioökonomie für Europa: Stärkung der Verbindungen zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt	COR-2018-06433-00-00-PAC-TRA - SEDEC-VI/048	Jácint Horváth (HU/SPE)	Mehrheit-lich
Ausbau des Unterrichts der MINT- (und Kunst-)Fächer in der EU	COR-2018-06435-00-00-PAC-TRA - SEDEC-VI/049	Csaba Borboly (RO/EVP)	Mehrheit-lich
Für einen umfassenden Rahmen der Europäischen Union für endokrine Disruptoren	COR-2018-06068-00-00-PAC-TRA - NAT-VI/040	Uno Silberg (EE/EA)	Mehrheit-lich
Die grenzübergreifende Dimension der Katastrophenvorsorge	COR-2018-06135-00-00-PAC-TRA - NAT-VI/036	Roberto Ciambetti (IT/EKR)	Mehrheit-lich
Eine neue europäische Agenda zur Beschleunigung der Entwicklung der maritimen Industrie	COR-2018-06141-00-01-PAC-TRA - NAT-VI/038	Christophe Clergeau (FR/SPE)	Mehrheit-lich
Ein sauberer Planet für alle – Eine Europäische strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne und wettbewerbsfähige Wirtschaft ohne Auswirkungen auf das Klima	COR-2018-05736-00-00-PAC-TRA - ENVE-VI/037	Michele Emiliano (IT/SPE)	Mehrheit-lich
Multi-Level-Governance und sektorübergreifende Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Energiearmut	COR-2018-05877-00-00-PAC-TRA - ENVE-VI/038	Kata Tüttő (HU/SPE)	Mehrheit-lich